

Antrag 75/I/2021

SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Landtagsfraktion (Konsens)

Baldige Verlängerung U-Bahnlinie U7 bis nach Schönefeld (es eilt)

1 Die SPD-geführte Landesregierung und die Landes-
2 gruppe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion
3 werden aufgefordert, sich aktiv für die Verlänge-
4 rung der U-Bahnlinie U7 von Berlin-Rudow bis nach
5 Schönefeld und für einen überregionalen ÖPNV-
6 Knotenpunkt mit Anschluss an die A113 in Walters-
7 dorf einzusetzen. Bund und das Land Berlin haben
8 bereits entsprechende Planungen und politische
9 Willensbildung vorangetrieben, um bis 2030 dieses
10 länderübergreifende Projekt zu verwirklichen. Am
11 Land Brandenburg mit seinen Kommunen darf die-
12 ses Vorhaben nicht scheitern.

13

14 Begründung

15 Es geht hier nicht nur um eine weitere Zuwegung
16 zum Flughafen BER – ganz im Gegenteil: die süd-
17 liche Region Brandenburgs hat Zuzug an Mitbür-
18 ger*innen im 5-stelligen Bereich und mehr. Schon
19 heute ist die Infrastruktur für Brandenburger Pend-
20 ler*innen im Verkehr nach und von Berlin an seiner
21 Kapazitätsgrenze. Selbst ein Ausbau der vorhande-
22 nen Träger Straße / Schiene wird nicht reichen die
23 verschiedenen Engpässe vor Berlin auf Brandenbur-
24 ger Gemarkung zu beseitigen.

25 Mit der U7 besteht die Chance einen weiteren (zu-
26 sätzlichen) Verkehrsträger auf dem Weg von / zur
27 Arbeit in Berlin bzw. umgekehrt im prosperieren-
28 den Brandenburger Süden zu generieren. Selbst für
29 Pendler*innen aus der Lausitz bestünde die Mög-
30 lichkeit über P+R in Waltersdorf bspw. animiert über
31 verkehrsaktuelle Hinweisschilder in den umweltver-
32 träglicheren ÖPNV ohne große Zeitverluste umzu-
33 steigen.

34 Dieses Vorhaben kann nicht aufgrund seiner Ein-
35 ordnung als ÖPNV-Vorhaben durch die betroffenen
36 Landkreise und Kommunen allein bewältigt werden.
37 Die Millionen-Investitionen trotz in Aussicht gestell-
38 ter 70%iger Co-Finanzierung des Bundes überfor-
39 dern die regionalen Kassen – außerdem reden wir
40 hier über eine Maßnahme der Verkehrsverlagerung,
41 von der die Bürger*innen des Landes Brandenburg in
42 Gänze profitieren.

Es handelt sich um eine Einzelmaßnahme.